

Juli 2024

IFK MONITOR

Hinweis: Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.

RUSSLANDS NACHBARSCHAFT NACH DEN „PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN“

Christoph Bilban

Außenpolitik ist in Russland die Domäne des Präsidenten. Damit lohnt sich nach den „Präsidentenwahlen“ eine Bestandsaufnahme über die Beziehungen zur unmittelbaren Nachbarschaft. Die gleichzeitige Regierungsumbildung wirft zwar Fragen nach der Zukunft des Systems Putin auf, für das „Nahe Ausland“ zeichnen sich jedoch keine großen Veränderungen ab. Russland wird dennoch wohl deutlicher zwischen konservativ-illiberalen, pragmatischen und pro-westlich-liberalen Nachbarn unterscheiden. Letztere werden weiter besonders unter Druck stehen.

Führerakklamation in Kriegszeiten

Die russischen „Präsidentenwahlen“ brachten mit 87,3% der Stimmen bei 77,4% Wahlbeteiligung einen klaren Sieger hervor: Langzeitmachthaber Wladimir Putin. Die „Wahlen“ erfolgten dabei erstmals über drei Tage vom 15. bis 17. März 2024. Dies und die Premiere einer möglichen elektronischen Stimmabgabe in knapp einem Drittel der Regionen boten zusätzliche Gelegenheiten zur Wahlfälschung. Laut Beobachtern handelt es sich um die am stärksten manipulierten Wahlen seit 30 Jahren. Trotzdem wäre Putin wohl auch ohne die kolportierten Manipulationen mit einer Mehrheit im ersten Wahlgang „gewählt“ worden, denn eine wirkliche Alternative bestand nicht. Ernstzunehmende Gegenkandidaten wie Boris Nadeschdin wurden nicht zu den Wahlen zugelassen. Im russischen Informationsumfeld ist Putin allgegenwärtig. Die Menschen kennen daher vielfach die weiteren Namen auf den Stimmzetteln nicht oder nur spärlich. Putin wird allgemein mit Stabilität und Größe verbunden. Eine Telefonumfrage

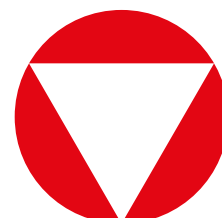
von Russian Field unter 1.625 Russinnen und Russen vor der Wahl zeigte, dass 47% für Putin und „nur“ 41% für einen „würdigen und passenden“ Alternativkandidaten stimmen würden.

Terror zeigt Schwächen auf

Spektakuläre Terroranschläge kurz nach Putins „Wahlsieg“ Ende März nahe Moskau sowie Ende Juni in Dagestan überschatteten jedoch die demonstrierte Einigkeit. Sie zeigen, wie sehr islamistischer Terrorismus trotz des massiven Überwachungsapparats präsent ist. Laut eigenen Angaben habe der russische Inlandsgeheimdienst FSB seit Februar 2022 über 100 Terroranschläge verhindert. Dass hinter 76 verhinderten und den zwei erfolgten Anschlägen nicht heimische Terroristen, sondern laut russischem Regierungsnarrativ von der „Ukraine und dem Westen“ organisierte Kämpfer stünden, ist wohl auch ein Versuch, das Versagen der eigenen Sicherheitskräfte zu relati-

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

vieren. Vor dem Anschlag auf die Crocus City Hall im März 2024 mit über 140 Todesopfern wurden die russischen Behörden sogar durch westliche Nachrichtendienste gewarnt. Für größere Unruhe in der Bevölkerung scheinen die aktuellen Ereignisse aber noch nicht zu sorgen.

Das Kriegswirtschaftskabinett

Zur neuerlichen Amtseinführung Putins ins Präsidentenamt am 7. Mai trat die russische Regierung unter Premier Michail Mischustin verfassungsgemäß zurück. Mischustin wurde als Premier bestätigt. Seine Regierung umfasst zehn stellvertretende Ministerpräsidenten und 21 Minister. Mit nur sechs personellen Veränderungen war es jedoch die kleinste Personalrochade seit 15 Jahren. Putin überraschte allerdings, indem er Verteidigungsminister Sergej Schoigu durch den Ökonomen Andrei Beloussow ersetzte. Schoigu wurde zum Sekretär des Sicherheitsrates ernannt, was einem nominell mächtigen Posten näher am Präsidenten entspricht, zugleich aber wohl mit weniger direktem Einfluss einhergeht.

Bereits vor dem Wechsel in den Sicherheitsrat wurden einige hochrangige Generäle aus Schoigus direkten Umfeld u. a. wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet. Mehrere stellvertretende Minister kündigten unmittelbar nach Schoigus Abberufung. Weitere Offiziere wurden noch in den Tagen danach verhaftet. Kremlsprecher Dimitri Peskow erklärte den Wechsel im Verteidigungsministerium u. a. mit der Erhöhung der Militärausgaben und effizienterer Mittelvergabe an die Rüstungsindustrie. Höchstwahrscheinlich wird die Korruption im Rüstungssektor nicht abnehmen, aber die Gelder dürften innerhalb der Eliten neu verteilt werden. Einige Beobachter sehen hinter den Verhaftungen bereits Elitenkämpfe zwischen FSB und Verteidigungsministerium. Putin sichert seine Macht jedenfalls gegen ein zu starkes Verteidigungsministerium ab. Beloussow verfügt über keine Machtbasis in den Streitkräften. Seine Stellvertreter

kommen teils aus Putins Umfeld bzw. Verwandtschaft. Generalstabschef Waleri Gerassimow ist von den Änderungen bisher nicht betroffen. Damit soll wohl der Krieg möglichst wenig durch die Personalrochaden beeinflusst werden. Rein rechtlich kann Gerassimow noch gut ein Jahr bis zu seinem 70. Geburtstag im Amt bleiben.

Eine alternde Elite

Mit dem Umbau seiner Verwaltung richtet Putin seine fünfte Amtszeit auf einen langfristigen außenpolitischen Konflikt aus. Innenpolitisch zeigt sich jedoch ein stagnierendes und alterndes Establishment rund um den 71-jährigen Präsidenten. Mit der erneuten Verlängerung im Amt ist der 74-jährige Sergej Lawrow nun der längst dienende Außenminister seit dem zaristischen Russland. Junge Nachwuchskader wurden kaum mit relevanten Führungspositionen betraut. Dies wirkt sich auch indirekt auf die Außenbeziehungen Russlands aus, denn während in Ländern wie der Ukraine, Armenien und Moldawien bereits eine „postsowjetische“ Generation die Staatsführung übernommen hat, zeichnen sich andere Staaten im „Nahen Ausland“ wie Aserbaidschan, Tadschikistan oder Kasachstan durch ähnlich alte Eliten mit guten Beziehungen zu Moskau aus. Diese bauen zu einem wesentlichen Teil auf den geteilten Erfahrungen und der Sozialisierung in der UdSSR auf.

Spielarten des „Nahen Auslandes“

Das Konzept des „Nahen Auslands“ ist bereits seit den 1990er-Jahren Teil von Russlands Außenpolitik. In der Konzeption der Außenpolitik aus dem Jahr 2023 hält Moskau an seiner hegemonialen Rolle fest. Ziel ist u. a. die *„Verhinderung und Bekämpfung der unfreundlichen Handlungen der ausländischen Staaten und ihrer Vereinigungen, die Desintegrationsprozesse im nahen Ausland provozieren und Hindernisse für [...] die Vertiefung der allumfassenden Zusammenarbeit mit Russland schaffen“*. Einige Nachbarländer sehen ihre Zukunft aber nicht unter russischer Hegemonie. In

Putins fünfter Amtszeit dürfte sich Russlands Nachbarschaft somit noch deutlicher in drei Lager aufteilen: ein konservativ-illiberales, ein pragmatisches und ein pro-westlich-liberales. Mit dem konservativen Ausland, wie z. B. Belarus, Turkmenistan und Tadschikistan, sind gute Beziehungen möglich.

Das pragmatische „Nahe Ausland“ bewegt sich entlang eines feinen Grades zwischen verstärkter Kooperation mit westlichen Partnern, teils illiberaler Innenpolitik und der Zufriedenstellung des Kremls. Russland unter Putin wird wohl mit Nachdruck versuchen, die pragmatischen Nachbarn in seinem Einflussbereich zu halten. Ein Beispiel dafür ist **Aserbaidschan**. Staatsschef Ilham Alijew studierte noch zu Sowjetzeiten in Moskau. Wie auch Putin regiert Alijew als autoritärer Herrscher unangefochten seit über 20 Jahren. Beide Machthaber verstehen sich gut, so auch z. B. in wesentlichen strategischen Fragen wie im Kampf gegen den Einfluss „westlicher Werte“ in ihren Staaten.

Ebenfalls pragmatisch verhält sich **Georgien**, das jedenfalls bis Anfang des Jahres versuchte, die guten Beziehungen zur EU und zu Russland zu erhalten. Jedoch setzt die Regierungspartei „Georgischer Traum“ seit dem Frühjahr auf eine deutlich konfrontativere Politik gegenüber der EU. Besonders die Verabschiedung des umstrittenen „Transparenz“-Gesetzes trübt die Beziehungen mit Brüssel. Es ermöglicht die staatliche Kontrolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und Medien, die mehr als 20 Prozent ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten. Diese müssen sich als „ausführende Organisationen von Interessen ausländischer Mächte“ deklarieren. In der Rhetorik der Regierung sowie des Parteigründers und Oligarchen Bidzina Iwanischwili müsse sich Georgien vor einer Vereinnahmung durch „die globale Kriegspartei“ schützen. Dass sich der massive Protest der (besonders jungen) Zivilgesellschaft vor einer Entwicklung wie in Russland seit 2012 fürchtet, ist angesichts dieser illiberalen Tendenzen verständlich.

Seit 2024 pro-westlich zeigt sich aktuell auch **Armenien**. Premierminister Nikol Paschinjan strebt einen Friedensvertrag mit Aserbaidschan an. Als neue sicherheitspolitische Partner gelten Frankreich, die EU und die USA, insbesondere nachdem Russland nach der Eskalation entlang der armenisch-aserbaidschanischen Grenze 2022 seinen Beistandspflichten gegenüber Jerewan nicht nachgekommen ist. Russlands Ansehen litt auch, als die „Friedenstruppen“ in Berg-Karabach die endgültige Übernahme durch Aserbaidschan im September 2023 nicht verhinderten. Wenngleich Paschinjan einen pro-westlichen Kurs bevorzugt, so ist Armenien nach wie vor stark von Russland abhängig. Und Paschinjan sieht sich aktuell mit einer lautstark protestierenden Opposition konfrontiert, die seine Politik gegenüber Aserbaidschan als zu nachgiebig oder sogar verräterisch kritisiert. Sowohl für Moskau als auch Baku ist jedoch das Vorrücken westlicher Akteure in Armenien inakzeptabel. Vorerst protestiert Russland „nur“ und zeigt sich sicher, dass Armenien nicht ins westliche Lager abdriften wird.

Ähnlich stellt sich die Lage in der **Republik Moldau** dar. Dort wurde unter Präsidentin Maja Sandu ein klarer Kurs Richtung EU eingeschlagen. Seit Russlands Einmarsch in die Ukraine 2022 hat das Land seine Bemühungen noch verstärkt. Seit Ende Juni 2024 laufen offiziell die Beitrittsverhandlungen. Dieser Entwicklung will der Kreml bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Oktober 2024 bereits entgegenwirken. Sandu soll, wenn sie schon nicht verhindert werden kann, jedenfalls geschwächt aus der Wahl hervorgehen. Einen Politikwechsel erhofft sich Moskau dann spätestens bei den Parlamentswahlen im Frühjahr, indem pro-russische Parteien wieder eine Mehrheit erringen. Ein wesentlicher Akteur dafür ist der flüchtige Oligarch Ilan Shor.

Russische Vorwürfe gegen Selenskyj

Russlands Hauptfeind im Kampf gegen die liberal-demokratischen Strömungen im

„Nahen Ausland“ bleibt die Ukraine. Militärisch scheint die Lage zunehmend festzufahren. Daher setzt Russland auch auf das Informationsumfeld und greift seit Putins Wiederwahl verstärkt die Legitimität des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an. Dessen Amtszeit hätte nämlich am 21. Mai regulär geendet. Russland und insbesondere Putin erkennt ihn daher nicht mehr als legitimes Staatsoberhaupt an. Lediglich das ukrainische Parlament (Rada), so das russische Narrativ, sei noch demokratisch legitimiert.

Durch den Krieg finden in der Ukraine aktuell keine Wahlen statt. Dabei stützt sich die Regierung in Kyjiw auch auf den Willen der Bevölkerung, welche Wahlen derzeit nicht als notwendig erachtet. Zudem herrscht ein Elitenkonsens, der durch einen Beschluss der Rada untermauert wird. Reguläre Wahlen sollen erst wieder sechs Monate nach der Aufhebung des Kriegsrechts in der ganzen Ukraine stattfinden. Freie und faire Wahlen sind während des Kriegsrechts durch die Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten, insbesondere auch der Medienfreiheit, eine Herausforderung. Dazu kommen noch Sicherheitsfragen. Beispielsweise könnten Wahllokale zu Zielen russischer Angriffe werden. Grundsätzlich sieht die Verfassung der Ukraine lediglich die Aussetzung der Parlamentswahlen während des Kriegsrechts vor. Die amtierende Rada bleibt weiter im Amt. Für Präsidentschafts- und Lokalwahlen müsste nur das Wahlgesetz geändert werden. Aktuell scheint aber Selenskyj mit rund 65% Unterstützung aus der Bevölkerung noch keine Legitimation durch Wahlen zu benötigen. Auch die westlichen Unterstützer scheinen, jedenfalls derzeit, nicht auf Wahlen zu drängen. Gegner weiterer Waffenlieferungen und Kredite für die Ukraine argumentieren aber manchmal mit einer „fehlenden Demokratie“ in der

Ukraine, was einer genauen Überprüfung jedoch nicht standhält. Im Falle eines Sieges von Donald Trump könnte die Wahlfrage möglicherweise aber mehr Bedeutung bekommen.

Ableitungen

- ❶ Putins neue Administration deutet auf keine wesentliche Veränderung in der Außenpolitik gegenüber dem „Nahen Ausland“ hin. Die Kooperation mit konservativ-illiberalen Staatschefs wird weiter vertieft. Eine zunehmende Spaltung der gemeinsamen Nachbarschaft von EU und Russland ist daher anzunehmen.
- ❷ Die Ablehnung „westlicher Werte“ (wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie) in Teilen der politischen Eliten im „Nahen Ausland“ wird von Russland genutzt, um die Nachbarstaaten von einer pro-westlichen Politik abzubringen (z. B. Georgien). Die EU und Österreich sollten weiter den Willen der örtlichen Bevölkerung beachten und diese unterstützen.
- ❸ Pro-westliche Nachbarn Russlands werden während Putins fünfter Amtszeit besonders unter Druck stehen. Sein jüngstes Friedensangebot an Kyjiw unterstreicht, dass er keine friedliche Koexistenz mit einer souveränen Ukraine anstrebt, sondern Unterordnung fordert. Das trifft nicht nur auf die Ukraine zu. Österreich könnte sich hier weiterhin im EU-Rahmen für eine Stärkung der Resilienz dieser Staaten einsetzen. Eine Ausweitung ziviler EU-Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Unterstützung von Reformen wie in der Ukraine oder Moldau sollte gefördert werden.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten
Druck: ReproZ W 24-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk